

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit sind wir am Ende der Aussprache zum Einzelplan 02. Wir kommen allerdings nicht zur Abstimmung, da wir vereinbart haben, dass in der Mittagspause bis 14 Uhr keine Abstimmungen stattfinden. Wir holen das gleich nach.

Somit kommen wir zu:

Einzelplan 05 Ministerium für Schule und Bildung

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 18/6805 und auf die in der aktuellen Tagesordnung zu den Einzelplänen aufgeführten Änderungsanträge.

Ich eröffne die Aussprache. Als Erste ist die Kollegin der SPD an der Reihe. Die Kollegin Engin hat jetzt das Wort. Bitte sehr.

Dilek Engin (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, beginne ich mit einem Zitat. Der ehemalige Vizekanzler Franz Müntefering hat gesagt: Man muss die Wirklichkeit so nehmen wie sie ist, aber man darf sie nicht so lassen.

Die Wirklichkeit unter Schwarz-Grün sieht wie folgt aus: Jedes vierte Grundschulkind kann nicht richtig lesen. Jede zweite Schulleiterstelle an Grundschulen ist unbesetzt. Uns fehlen 6.700 Lehrkräfte. Die tarifangestellten Lehrkräfte werden dabei von der Landesregierung komplett vergessen. Es ist also kein Wunder, dass sie in der nächsten Woche wieder für eine bessere Bezahlung streiken müssen.

Auch verbeamteten Lehrkräften geht es schlecht. Die Arbeitsbelastung ist enorm angewachsen und treibt viele Lehrkräfte in Teilzeit oder – schlimmer noch – in ein Burn-out. Ein veraltetes Arbeitszeitmodell und eine unfaire Besoldungsstruktur machen den Lehrertag für viele kaum erträglich.

Diese Zustände zeigen sich bei den desaströsen bundesweiten Vergleichen. Ob beim IQB-Bildungstrend, dem Bildungsmonitor oder den Pro-Kopf-Ausgaben: NRW ist die Wüste der deutschen Bildungslandschaft.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Hinzu kommt eine völlig überforderte Landesregierung, die die Probleme nicht in den Griff bekommt. Und was macht Ministerpräsident Wüst? War Bildung noch sein großes Wahlkampfthema, hüllt er sich jetzt lieber in Schweigen. Schließlich ist er als

Chef von NRW voll für Schulen verantwortlich und kann hier nicht wie sonst nach Berlin zeigen.

Er und die anderen Koalitionäre von Schwarz-Grün waren in ihrem Vertrag noch optimistisch. Da haben sie noch vom Vorrang der Bildung und einer Chancengerechtigkeit im Bildungsland gesprochen.

Die Worte von Schwarz-Grün klingen gut, entsprechen aber nicht der Wahrheit. Im Vergleich zum Gesamthaushalt wächst der Bildungsetat nämlich unproportional schwächer an. Andere Bereiche erhalten mehr Gelder. So sieht ein Vorrang nicht aus, liebe CDU und liebe Grüne. Viel schlimmer ist noch: Sehenden Auges drohen unsere Ganztags Träger pleite zu gehen.

(Beifall von der SPD)

Ihre Ausgaben im Bildungsbereich kann man nur noch als Wirklichkeitsflucht bezeichnen. Sie verstecken sich vor den Problemen dieses Landes. Dabei müssen wir doch jetzt hinschauen, was an den Schulen schief läuft. Wir müssen jetzt mehr in unsere Kinder und ihre Bildung investieren. Denn die Arbeitswelt von morgen braucht alle Kinder von heute, wenn wir dem Fachkräftemangel etwas entgegensetzen wollen. Dafür machen wir uns als SPD stark.

Gemeinsam mit der NRW.BANK haben wir die Chance, den Investitionsstau anzugehen, wenn wir das Programm „Gute Schule“ bis 2030 mit neuen Krediten fortsetzen. So lassen sich Hunderte weitere Schulen modernisieren, ohne das Land finanziell zu überfordern.

Ich weiß nicht, ob es Ihnen präsent ist, Frau Feller und Frau Paul: Wenn wir den OGS-Rechtsanspruch ab 2026 tatsächlich umsetzen wollen, dann brauchen die Kommunen und die Träger endlich Planungssicherheit.

(Beifall von der SPD)

Nicht ohne Grund standen deshalb im Oktober mehr als 22.000 Menschen der Freien Wohlfahrt vor dem Landtag. Die haben da nicht für Schwarz-Grün geklatscht, sondern lautstark für mehr soziale Politik protestiert. Denn das System der Kitas und der OGS steht vor dem Kollaps. Wenn das System kollabiert, dann war es das mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ist das denn sowohl der CDU als auch den Grünen völlig egal? Das fragen wir uns. Es ist zugleich ein herber Schlag für die Gleichstellungspolitik, wenn die Rahmenbedingungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht gegeben sind.

Wir fordern im Schuletat ein OGS-Rettungspaket in Höhe von 100 Millionen Euro. Die gestrige Anhörung zu unserem Antrag hat noch einmal bestätigt, wie dringend dieses Geld benötigt wird. Zudem müssen wir mit mehr Geldern neben dem OGS-Ausbau auch den Ausbau von Familiengrundschulzentren vorantreiben und vor allem in sozial schwächeren Quar-

tieren für bessere Bildungschancen sorgen sowie natürlich auch unsere Lehrkräfte entlasten. So sieht es aus, wenn man in die Zukunft investiert, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Vor allem müssen Sie bei Ihren Vorhaben die Kommunen mitnehmen und sie nicht im Stich lassen. Darauf kommt es an. Wir dürfen aber nicht nur in die investieren, die ohnehin schon viel haben, sondern auch in die vielen, die nicht mit den besten Startchancen beginnen. Denn auch Kinder aus ärmeren Familien haben ein Recht auf beste Bildung, liebe CDU und liebe Grüne. Das dürfen Sie nicht länger missachten.

Aktuell ist in NRW jedes vierte Kind von Armut gefährdet. Das wirkt sich auch auf den Schulbesuch aus. Hefte, Stifte, Kunst- und Sportsachen, ein Schulranzen usw. kosten Geld. Bei zwei Schulkindern kommen Eltern schnell auf einen dreistelligen Betrag. Geld darf aber für den Schulbesuch keine Rolle spielen. Auf lange Sicht brauchen wir in Nordrhein-Westfalen eine echte Lernmittelfreiheit, um für alle Kinder eine gute Bildung zu garantieren.

(Beifall von der SPD)

Wir fordern deshalb ein Modellprojekt für einen kostenfreien Schulbesuch. Dazu zählen kostenlose Lernmittel, ein kostenloses warmes Mittagessen und die Beitragsfreiheit im OGS. Der Schulausschuss war in Finnland und hat dort gesehen, dass diese Forderungen umsetzbar sind.

Wir müssen des Weiteren auch die Kinder mit Förderbedarf besser im Blick haben. Hier scheinen sich CDU und Grüne nicht ganz einig zu sein. Erst streicht man rigoros die Inklusionspauschale für die Schulen, dann führt man sie ein paar Wochen später plötzlich wieder ein.

Jetzt versuchen Sie still und heimlich, die Zuschüsse an Hochschulen zur Ausbildung von Inklusionslehrkräften zu kürzen. Beziehen Sie, liebe CDU und liebe Grüne, endlich deutlich Stellung, ob Sie für Inklusion an Schulen einstehen oder nicht. Für uns als SPD ist die Sache klar: Inklusion ist keine finanzielle Belastung, sondern eine Bereicherung.

(Beifall von der SPD)

So sieht Chancenungleichheit aus, wenn man es ernst meint und nicht nur dahinsagt.

Dabei dürfen wir die größte Herausforderung nicht außer Acht lassen: Im kommenden Schuljahr werden wir mehr Schülerinnen und Schüler als bislang an unseren Schulen haben. Dadurch steigt auch der Bedarf an Lehrkräften. Nur will kaum noch jemand in NRW als Lehrkraft arbeiten.

Wir wollen deshalb den Lehrerberuf und das Arbeitsumfeld Schule wieder attraktiv machen. Dazu fordern wir eine faire Gesamtbesoldungsstruktur für alle Menschen, die im System Schule arbeiten. So sollen

endlich auch Fachleitungen, Werkstattlehrkräfte, Funktionsstellen und tarifbeschäftigte Angestellte fair entlohnt werden.

Für Schulleitungen muss endlich schulformübergreifend das beamtenrechtliche Abstandsgebot umgesetzt werden. Es ist doch kein Wunder, dass aktuell bei einer kaum besseren Bezahlung niemand eine Grundschule leiten will.

Außerdem müssen wir für unsere Lehrkräfte ein gerechtes und transparentes Arbeitszeitmodell einführen. Das – nicht Ihre Teilzeitverbote und Zwangsabordnungen – würde den Lehrerberuf attraktiver machen. So sieht eine gute Schulpolitik aus: die Forderung der Lehrkräfte umsetzen, anstatt über sie hinweg zu entscheiden.

Mit diesem Haushalt ist klar: Unter Schwarz-Grün wird die Bildungskatastrophe auch 2024 kein Ende nehmen. Es ist kein Licht am Ende des Tunnels. Das ist die schwarz-grüne Wirklichkeit, unter der vor allem benachteiligte Kinder systematisch von guter Bildung ausgegrenzt werden.

Diese Wirklichkeit müssen wir leider so zur Kenntnis nehmen, dürfen sie aber – da bin ich ganz bei Münterfering – nicht so lassen. Dafür müssen wir jetzt anfangen, wieder mehr Respekt gegenüber den Lehrkräften, den Eltern und den Kindern aufzubringen. Denn Chancengleichheit ist für uns das zentrale Handlungsmotiv. Das beginnt bei mehr Investitionen in die Zukunft unseres Landes und heute beim Bildungshaushalt, denn jede und jeder in NRW hat die beste Bildung verdient. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Die Kollegin Claudia Schlottmann hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU. Bitte sehr.

Claudia Schlottmann^{*)} (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es galt, mit dem Haushaltsentwurf 2024 Prioritäten zu setzen. Für den Einzelplan 05 haben das Ministerium für Schule und Bildung und wir uns ganz klar positioniert: In Nordrhein-Westfalen stehen die Bildung und die Zukunft unserer Kinder an oberster Stelle.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Durchs Wiederholen wird es nicht wahrer!)

Wir sparen nicht an der Bildung unserer Kinder. Sie sind für uns nicht nur der politische Schwerpunkt, sondern auch die Zukunft unserer Gesellschaft. Deshalb ist es ungemein wichtig, dass wir ihre Bildung in den Fokus nehmen, denn Bildung ermöglicht Chancen. Genau darin sind wir uns vermutlich alle einig: Wir wollen Kindern Chancen für ein selbstbestimm-

mtes und persönlich sowie beruflich erfolgreiches Leben ermöglichen.

Gerade in diesen herausfordernden Zeiten voller Unsicherheit, Konflikten und Aufruhr ist die Investition in gute Bildung unabdingbar. Es ist eine unserer wichtigsten Aufgaben, den Kindern in Nordrhein-Westfalen das nötige Rüstzeug zu geben. Dafür investieren wir in diesem Jahr 22,2 Milliarden Euro. Das sind 354 Millionen Euro mehr als im Vorjahr für zusätzliche Lehrkräfte, für mehr Unterricht und für starke Schulen in unserem Land.

Der Bildungsetat ist mit 21,8 % der mit Abstand größte Einzeletat im Landeshaushalt. Damit stellen wir sicher, dass wir den wichtigen Aufgaben trotz der herausfordernden wirtschaftlichen Lage weiterhin nachkommen und die Bildungschancen in unserem Land weiter verbessern können.

Die Aufgaben einer Schule sind vielfältig. Es geht nicht mehr nur um das reine Unterrichten. Die Schule ist der Ort für soziales Miteinander, für das Knüpfen von Freundschaften, das Meistern von Herausforderungen und auch dafür, mit der einen oder anderen Niederlage umgehen zu lernen – das alles, um gewappnet und gestärkt in die Welt hinaus zu treten. Für alle diese Aufgaben brauchen wir ein starkes System und Netzwerk im und um das Klassenzimmer herum.

Dabei steht und fällt das System Schule mit gut ausgebildeten Lehrkräften. Sie sind der Ankerpunkt eines guten Unterrichts. Auch nach der Coronapandemie bleiben die Herausforderungen für unsere Lehrerinnen und Lehrer sehr groß. Sie müssen vieles auffangen. Umso mehr freut es mich, dass wir die Besoldung für Lehrkräfte im Primarbereich und in der Sekundarstufe I auf A13 anheben konnten. Für uns ist jeder Lehrer bzw. jede Lehrerin gleich wertvoll, egal ob das Einmaleins in der Grundschule oder eine Textanalyse in der Oberstufe unterrichtet wird.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Auch deshalb freue ich mich darüber, dass wir zwischen 2022 und 2026 900 Millionen Euro mehr investieren, damit sich mehr Menschen für den tollen und wichtigen Beruf des Grundschullehrers entscheiden. Alleine für das Haushaltsjahr 2024 haben wir dafür 75 Millionen Euro eingeplant.

Die Personalausgaben belaufen sich auf rund 516,6 Millionen Euro. Daran wird deutlich, dass dieser Bereich einen Großteil der Gesamtausgaben einnimmt. Wir schaffen mit dem Haushalt 2024 insgesamt 709 neue Lehrerstellen an unseren Schulen.

Um das wichtige Netzwerk rund um die Schulen weiter auszubauen, weiten wir das Programm der Familiengrundschulzentren aus. Wir erweitern es um 14 neue Standorte. Dadurch steigt die Zahl der durch das Schulministerium geförderten Familiengrundschulzentren im Schuljahr 2023/24 auf 54. Damit

halten wir an den im Zukunftsvertrag verankerten Plänen fest und arbeiten weiterhin daran, die Zahl der Familiengrundschulzentren zu erhöhen und diese in die Fläche zu bringen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: In homöopathischen Dosen!)

Mit 3.000 Vorgriffsstellen geben wir den Gymnasien in Nordrhein-Westfalen Sicherheit, damit sie den erwartbaren Mangel an Fachlehrern im Schuljahr 2024/25 auffangen können. Ebenso unterstützen wir weiterhin die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, indem wir den Bereich des Offenen Ganztags weiter ausbauen. Wir erweitern das Angebot der OGS-Plätze für das Schuljahr 2024/25 um 38.000. Damit finanzieren wir mittlerweile 430.500 Plätze. Mit diesem umfangreichen Ausbau nähern wir uns stetig dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung.

Außerdem bauen wir nicht nur die Betreuungsplätze, sondern auch die Infrastruktur aus. Insgesamt geben wir 780 Millionen Euro für den Offenen Ganztag im Primarbereich aus. Das sind 65 Millionen Euro mehr als im Vorjahr.

Die Landesregierung unterstützt die Schulen des Gemeinsamen Lernens und die Förderschulen gleichermaßen.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Da müssen aber noch mal 100 Millionen drauf!)

Dabei steht die Qualität der individuellen Förderung im Zentrum aller Anstrengungen. Nach Abschluss der Evaluation hat das Familienministerium zur Ergänzungsvorlage mitgeteilt, dass 67 Millionen Euro für die Inklusionspauschale bereitstehen – mehr als jemals zuvor.

An dieser Stelle möchte ich sehr deutlich klarstellen: Dass die Inklusionspauschale nicht länger zur Verfügung steht, war nie Gegenstand der Debatte. Es haben ausschließlich die Ergebnisse der Evaluation gefehlt, bevor konkrete Aussagen getroffen wurden, und die werden jetzt getroffen, indem die Inklusionspauschale höher ausfällt als jemals zuvor.

Außerdem stehen für eine gelingende Inklusion ab dem Schuljahr 2024/25 4.153 Stellen für die Primarstufe und 10.100 Stellen für die Sekundarstufe I bereit. Damit zeigen wir ganz klar: Wir sehen die Bedarfe der Kinder an unseren Schulen und geben ihnen die notwendige Unterstützung.

Weiterhin unterstützen wir auch die Schulen in freier Trägerschaft. Sie bilden eine wichtige Ergänzung zu unserem öffentlichen Schulwesen. Im Haushaltsplan 2024 stehen für die Ersatzschulen 36 Millionen Euro bereit.

Besonders freut mich, dass wir die Unterstützung für die Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit Beratung bei Rassismus und Antisemitismus – kurz: SABRA – erhöhen. Gerade in Anbetracht jüngster

Ereignisse ist die Arbeit der Servicestelle unerlässlich. SABRA unterstützt Schulen nicht nur bei der Erkennung und Bekämpfung von antisemitischen Vorfällen, sondern bietet auch proaktiv Strategien zur Prävention solcher Vorkommnisse. Wir erhöhen den bisherigen Ansatz von 7,851 Millionen Euro um weitere 220.000 Euro. Damit fließen 8,07 Millionen Euro in die wichtige Arbeit der Servicestelle.

Außerdem stärken wir das Programm „students@school“. Mit diesem Programm unterstützen Studierende zielgerichtet Schülerinnen und Schüler bei Lernrückständen. Außerhalb des regulären Unterrichts helfen die Studenten bei Problemen mit sprachlichen und mathematischen Basiskompetenzen. Hierfür werden Mittel bis zu einer Höhe von 650.000 Euro bereitgestellt.

Die vergangenen Jahre haben uns vor große Herausforderungen gestellt, was die Gestaltung des Haushalts in diesem Jahr angeht. Seien es die Coronapandemie, die Flutkatastrophe oder der Angriffskrieg in der Ukraine im vergangenen Jahr: Wir werden kontinuierlich vor neue, große Aufgaben gestellt. Diese schlagen sich logischerweise auch in unseren finanziellen Möglichkeiten nieder. Wir müssen uns ehrlich machen: Wir haben keine endlosen finanziellen Ressourcen, und gut hauszuhalten heißt auch, mit den vorhandenen Möglichkeiten die beste Option für alle zu finden.

Natürlich wird die Opposition jetzt wieder sagen, dass wir es in so vielerlei Hinsicht hätten besser machen können. Dabei ist es die SPD-geführte Bundesregierung,

(Nadja Lüders [SPD]: Ah, da war sie ja!)

die viel finanzielle Unterstützung für Länder und Kommunen im Bereich „Bildung und Soziales“ kürzt. Verantwortungsvolle Politik geht meines Erachtens anders, nämlich Hand in Hand, und der Bund zeigt ganz klar, dass Kinder bei ihm keine Priorität haben.

(Beifall von der CDU und Lena Zingsheim-Zobel [GRÜNE])

Wir in Nordrhein-Westfalen halten das zum Glück anders. Wir haben trotz großer finanzieller Herausforderungen einen starken Haushaltsplan für unsere Schulen, für unsere Lehrkräfte und vor allen Dingen für unsere Schülerinnen und Schüler aufgestellt.

Wir konnten nur in die Schulen unseres Landes investieren, weil andere Ministerien dieser Landesregierung enorme Einsparungen vorgenommen haben. Mein ganz besonderer Dank gilt allen meinen Kollegen. Ich weiß, dass es nicht einfach war, Prioritäten zurückzustellen, Dinge zu kürzen und diese Punkte dann auch in der Öffentlichkeit zu vertreten. Herzlichen Dank an euch alle, dass ihr das mitgetragen habt, um zu zeigen, wie wichtig dieser Landesregierung und dieser Koalition das Thema „Bildung“ ist. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Fraktion der FDP hat nun die Kollegin Müller-Rech das Wort. Bitte sehr.

Franziska Müller-Rech (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Insgesamt bleibt dieser Haushalt der selbsternannten Zukunftskoalition weit hinter den Erwartungen zurück. Der Schulhaushalt mag zwar – wie seit vielen Jahren schon – der größte Einzelplan sein, aber wir dürfen nicht unbeachtet lassen, dass der Aufwuchs im Vergleich zum Gesamthaushalt deutlich niedriger ausfällt.

Dass Bildung für Schwarz-Grün angeblich an oberster Stelle steht, bleibt nicht mehr als ein frommer Wunsch, der hinter der Realität zurückbleibt.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Hierbei gilt das Mikado-Prinzip: Wer sich zuerst bewegt, verliert. Das ist richtig bitter für unsere Schulen im Land und macht deutlich, dass Schwarz-Grün immer noch nicht erkennen kann, wie ernst die Lage dort ist.

Frau Ministerin, Sie sprechen bei den Verbesserungen für unsere Schulen stets von einem Marathonlauf, kommen aber nicht einmal aus den Startlöchern. Wenn sich an unseren Schulen etwas zum Besseren wenden soll, dann dürfen Sie, dann darf die Landesregierung nicht länger den Kopf in den Sand stecken und darauf hoffen, dass sich die Welt von selbst zum Besseren wendet.

Das bisherige traurige Highlight dieser Schulpolitik im Schnecken-tempo war Ihre Pressekonferenz im Oktober zu Ihrem Nichthandlungskonzept „Unterrichtsversorgung“ – ein absoluter Schuss in den Ofen. Ich nenne Ihnen zwei Beispiele hieraus.

Lassen Sie uns erstens über die Zwangsabordnungen sprechen. Sie haben 8.129 Lehrkräfte von A nach B verschoben. Das wollten Sie uns als Erfolg verkaufen, doch dadurch ist nicht eine einzige Stelle mehr besetzt und nicht eine einzige Stunde mehr Unterricht erteilt. Frau Ministerin, das ist kein Erfolg.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Ich komme zweitens zu Ihren Änderungen bei der Teilzeit. Auch hier wollten Sie uns einen Erfolg verkaufen, nämlich, dass 500 Anträge weniger gestellt worden seien. Wir haben nachgefragt: Wozu hat das geführt? Wieviel mehr Stellen sind dadurch in unseren Schulen besetzt? Wieviel mehr Unterricht kann dadurch an unseren Schulen erteilt werden? Ich musste viermal im Schulausschuss nachfragen, bis

verlegen geantwortet wurde: Das wissen wir leider nicht. – Frau Ministerin, das ist kein Erfolg.

(Beifall von der FDP)

Mit dem vorgelegten Haushalt machen Sie genau so weiter und bekräftigen es auch noch. Sie haben keinen einzigen Erfolg vorzuweisen. Sie kommen beim Lehrermangel nicht voran, Sie kommen bei der Unterrichtsversorgung bzw. beim Unterrichtsausfall nicht voran, unsere Schülerinnen und Schüler rutschen in allen Bildungsvergleichen immer weiter ab, und Sie unternehmen genau gar nichts.

Unsere Schulen müssen aber dringend besser unterstützt werden. Es reicht nicht, den größten Einzelplan zu haben, aber unsere Schulen bloß zu verwalten und nicht zu gestalten. Wir brauchen dringend mehr Mut und mehr Kreativität, um endlich Lösungen für unsere Schulen herbeizuführen. Dazu gehört auch, dass man Geld in die Hand nimmt, um neue Wege einzuschlagen.

Ich möchte drei Punkte aus dem Landeshaushalt zur Veranschaulichung hervorheben und Ihnen zeigen, wie Sie die Lage hier leider nicht gestalten, sondern nur verwalten wollen.

Ich komme erstens zur Besoldungsanpassung. Sie wissen, dass auch ich für A13 gekämpft habe, und es ist auch gut, dass A13 jetzt umgesetzt worden ist. Doch das Thema der Besoldung ist längst nicht vom Tisch. Man kann richtig erkennen, dass Sie das zum Beginn der Legislaturperiode schnell abräumen wollten – vor allem, damit der Ministerpräsident nicht länger Postkarten vom VBE zum Thema „Stau auf der A13“ bekommt.

Sie haben nämlich bei der Umsetzung wichtige Gruppen vergessen, die auch gerecht bezahlt werden müssen und gerecht bezahlt werden wollen, zum Beispiel die tarifbeschäftigten Lehrkräfte, die multi-professionellen Teams oder die so wichtigen Fachleiterinnen und Fachleiter. Insbesondere diese sind enorm wichtig, weil uns ansonsten diejenigen Leute ausgehen, die neue Lehrkräfte ausbilden sollen, egal, ob das Absolventinnen und Absolventen von Hochschulen oder Seiteneinsteiger sind. Das gleitet Ihnen komplett aus den Händen, und wir brauchen jetzt mehr Mut und Kreativität.

(Beifall von der FDP und Andrea Busche [SPD])

Der zweite Punkt ist die Digitalisierung. Die Pause darf nicht das Digitalste in der Schule sein. Wir haben deswegen in der vorigen Legislaturperiode ordentlich in einen Digitalisierungsschub investiert. Als erstes Bundesland haben wir unsere Lehrkräfte mit digitalen Endgeräten ausgestattet, doch seit Schwarz-Grün regiert, stagniert die Digitalisierung an unseren Schulen. Es ist zwar jetzt eine neue Lernapp für Mathe angekündigt worden, aber das ist doch kein richtiger Schritt nach vorne. Das ist viel zu wenig.

Lassen Sie uns auch über künstliche Intelligenz sprechen: Künstliche Intelligenz hat unheimlich viel Potenzial für unsere Schulen, zum Beispiel, wenn es um die individuelle Förderung unserer Schülerinnen und Schüler geht, um unterschiedliche Lernstände oder um Sprachdefizite, die wir an den Schulen im Moment feststellen. Da könnten wir mit künstlicher Intelligenz viel erreichen. Doch was machen Sie? Sie verengen diese Chance lediglich auf ein Schummeltool. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist bitter und fatal. Hier lassen wir uns Chancen entgehen. Sie legen hier leider keinerlei Bereitschaft zur Weiterentwicklung an den Tag.

(Beifall von der FDP und Dilek Engin [SPD])

Auch bei der Frage, wie die digitale Ausstattung weiter ausgebaut werden kann – das haben wir hier gerade live und in Farbe erlebt –, zeigen Sie, liebe Kollegen der CDU, wieder einmal mit dem Finger nach Berlin, anstatt selbst Verantwortung zu übernehmen. Wenn es nach Ihnen ginge, hätte sich dieses Parlament, so oft, wie sie klagend und hilflos nach Berlin zeigen, wahrscheinlich schon längst abgeschafft. Sie regieren hier. Übernehmen Sie endlich Verantwortung und machen Sie Ihre Hausaufgaben.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Ich komme zum dritten Punkt: die Unterstützung für unsere Schulen. Wir haben in der vergangenen Woche eine Schulleitungsbefragung des VBE auf den Tisch bekommen, die die alarmierenden Zustände an unseren Schulen in Zahlen zeigt: 98 % der Schulleitungen in NRW sind mit Ihrer Arbeit unzufrieden, Frau Ministerin.

Wir als FDP-Fraktion haben zahlreiche Vorschläge dazu eingebracht, wie wir unseren Schulen in dieser Lage helfen können, wie wir zum Beispiel Schulleitungen mehr Entscheidungsspielräume geben können, etwa mit höheren eigenen Budgets für ihre Schulen oder mehr Freiheiten im Personalmanagement. Nicht ein einziger unserer Vorschläge wurde aufgegriffen, geschweige denn ordentlich geprüft. Stattdessen beschwert sich die CDU im Ausschuss, dass sie nicht wüssten, was man unter modernem Personalmanagement verstehe. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich das höre und sehe, glaube ich Ihnen, dass Sie das nicht verstanden haben. Ich weiß nur nicht, ob ich lachen oder weinen soll.

Ein Beispiel dafür, wo wir eine komplett andere Auffassung haben als Sie, ist die Schulverwaltungsassistenz. Sie wollen die Stellen für die Schulverwaltungsassistenz streichen, was wir als einen großen Fehler empfinden. Schulverwaltungsassistenz sorgt dafür, dass Lehrer mehr Zeit in den Klassenzimmern und dafür weniger in Büros mit bürokratischen Aufgaben verbringen.

Wir haben wirklich darauf gewartet, wir haben immer wieder vorgetragen, liebe Kollegen und Kolleginnen

der CDU, dass Sie einsehen sollten, dass Sie wieder zu Ihrem einstigen Kernthema der Schulverwaltungsassistenz zurückkehren müssen. Wir haben diese Stellen 2017 gemeinsam aufgebaut, weil wir wussten, wie wichtig sie sind. Jetzt haben wir gesehen, dass es schwer ist, diese Stellen zu besetzen. Das heißt, dass wir nicht treffsicher genug waren.

Es gibt genau zwei Möglichkeiten, wie man damit politisch umgehen kann. Die erste Möglichkeit: Man schaut sich an, warum diese Stellen nicht besetzt werden können und nimmt Verbesserungen vor, damit diese wichtigen Kräfte an den Schulen ankommen. Sie haben leider die zweite Variante gewählt und gesagt: Oh, wir können die Stellen nicht besetzen. Dann streichen wir sie einfach aus dem Haushalt. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine politische Bankrotterklärung.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Ich komme zum Schluss: Frau Ministerin, wenn Sie den Marathon laufen wollen, ziehen sich jetzt bitte endlich mal die Turnschuhe an. Sie liegen schon jetzt deutlich zurück.

(Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

Die Schulen in NRW warten dringend auf eine Verbesserung ihrer Situation. Ich möchte insbesondere vor dem ganz großen Berg auf der Strecke warnen. Wir warnen hier schon seit Monaten vor einem OGS-Desaster. Wenn Sie jetzt nicht endlich aus den Puscheln kommen, wird Ihnen spätestens bei der Umsetzung des OGS-Rechtsanspruchs die Puste ausgehen. Die OGS-Träger haben in dieser Woche schon wieder gestreikt, weil es an Unterstützung durch die Landesregierung fehlt. Wie viele Demonstrationen brauchen Sie noch, damit Sie endlich loslaufen? – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Fraktion der Grünen hat nun die Kollegin Zingsheim-Zobel das Wort. Bitte sehr.

Lena Zingsheim-Zobel (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Mama von drei Kindern stelle auch ich mir selbstverständlich die Frage, wie eine Schule aussehen muss, auf die meine Kinder irgendwann mal gehen. Wie alle Eltern frage auch ich mich natürlich, ob die Schule meinen Kindern die Kompetenzen an die Hand geben wird, die sie brauchen; ob sie sie befähigt, im digitalen Zeitalter kompetent und achtsam mit Medien und Konsum umzugehen; ob sie es schafft, meine Kinder darin zu befähigen, zu reflektierten und selbstbewussten Erwachsenen heranzuwachsen.

Wenn ich mir als Mama den Einzelplan anschau, frage ich mich auch, ob das Geld bei der Masse der aktuellen Herausforderungen reicht. Wenn ich mir den Einzelplan als Abgeordnete einer regierungstragenden Fraktion anschau, kann ich Ihnen sagen, dass wir angesichts der angespannten Haushaltslage gemeinsam herausgeholt haben, was wir konnten. Über alle Ministerien hinweg wurde dafür gespart. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ob Sie es wahrhaben wollen oder nicht, liebe SPD, liebe FDP: Das nennt man Priorisierung.

(Beifall von Gönül Eglence [GRÜNE])

Einsparungen im Bildungsbereich wären Einsparungen mit direkten Folgen für unsere Zukunft. Wir erkennen Bildung als das an, was sie ist: als Standbein für unsere Gesellschaft und als Schlüssel für eine zukunftsfähige Welt. Nur wenn wir unseren Kindern heute eine gute Bildung ermöglichen, können sie nachhaltig die Zukunft von morgen gestalten.

Wir als regierungstragende Fraktionen legen deshalb einen klaren Fokus auf den Bildungsbereich. Uns bleibt wenig Spielraum für Investitionen. Das ist bedauerlich, weil es uns an Ideen sicherlich nicht mangelt. Tagtäglich bin ich mit Lehrkräften, Schüler*innen, Eltern, Organisationen, Verbänden im Austausch, die sich zu Recht mit ihren Bedarfen an uns wenden und Wünsche, Vorschläge, Kritik äußern. Auch mein Background als Sonderpädagogin erleichtert es mir, aktuell bestehende Herausforderungen im Schulbereich zu erkennen.

Eines kann ich Ihnen allen sagen: Die Herausforderungen, vor die Schulen tagtäglich gestellt werden, nehmen enorm zu. Aufklärungsarbeit bei steigender Demokratiefeindlichkeit und zunehmende antisemitische Konflikte sind dabei nur zwei Beispiele.

In Anbetracht des schrecklichen Terrorangriffs der Hamas auf Israel müssen wir uns fachübergreifend mehr denn je wiederaufgeflamten Herausforderungen stellen. Wir verurteilen den Angriff der Hamas auf Israel zutiefst und sind erschüttert über den Schmerz und das Leid. Den Anstieg religionsbezogener Straftaten auch in Deutschland empfinden wir als besorgniserregend. Daher ist es aktuell umso bedeutsamer, hervorzuheben, dass Antisemitismus und jegliches menschenverachtende Verhalten keinen Platz in unserer Gesellschaft und keinen Platz in unseren Schulen haben.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Besonders Schulen spielen im konsequenten Kampf gegen Antisemitismus und beim Schutz unserer demokratischen Werte eine essenzielle Rolle. Unsere Schulen müssen ein Ort des Austausches und der

Begegnung vielfältiger Lernender sein, in dem Schüler*innen Demokratie leben und lernen.

Liebe Schulen, wir sehen eure Belastung. Um euch in dieser Situation nicht alleine zu lassen, erhöhen wir die Mittel für die „Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit – Beratung bei Rassismus und Antisemitismus“ im Haushalt 2024 um 220.000 Euro. Damit unterstützen wir Schulen effektiv beim Erkennen, Einordnen und Bekämpfen antisemitischer Vorfälle sowie bei der dazugehörigen Präventionsarbeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Einsparungen in Bildung würden zwangsläufig zu einer Verschlechterung der Situation von Schulen führen und sich direkt auf das Leben von Schüler*innen und Lehrkräften auswirken. Dennoch haben wir es als unseren Auftrag erkannt, Schulen die bestmögliche Unterstützung zukommen zu lassen. Deswegen sind wir besonders stolz darauf, dass wir die Kommunen im Jahr 2024 weiterhin bei der Umsetzung der Inklusion unterstützen und die Inklusionspauschale sichern konnten.

Dass alle Menschen in unserer Gesellschaft teilhaben können, ist ein Menschenrecht. Die UN-Behindertenrechtskonvention von 2008 hat die schulische Inklusion in Art. 24 verbindlich gemacht, und 2009 ist sie in Deutschland in Kraft getreten. Inklusion in der Bildung umzusetzen, ist eine Aufgabe aller Schulformen, der Kommunen und auch unseres Landes.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dieser Verantwortung sind wir uns bewusst, und wir nehmen sie ernst. Für uns, liebe SPD, ist Inklusion keine finanzielle Belastung, sondern eine Bereicherung.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Außerdem haben wir uns mit voller Kraft dem Thema „Ganztag“ gewidmet. Wir freuen uns, dass 38.000 neue Ganztagsplätze im Haushalt 2024 durch das Land gesichert werden können. Damit rücken wir dem Ziel einer flächendeckenden Versorgung mit OGS-Plätzen näher. Das ist ein wertvoller Grundstein für mehr Chancengerechtigkeit, mit dem wir allen Schüler*innen, unabhängig von der Situation in ihrem Elternhaus, ein qualitativ hochwertiges Bildungs- und Betreuungsangebot ermöglichen.

Dennoch ist die Lage der sozialen Infrastruktur im Ganztagsbereich aktuell sehr problematisch. Träger stehen beispielsweise durch Tarifsteigerungen vor zunehmenden Kosten, die weder sie selbst noch wir als Land aufgrund der schwierigen Haushaltslage bewältigen können. Die Folgen sind drohende Insolvenzen und die geringe Bereitschaft von Trägern, sich auf Ausschreibungen zu bewerben.

Während wir den Ganztag ausbauen wollen, kämpft die Praxis gerade um ihren Erhalt. Wir sehen diese

Schwierigkeit und suchen natürlich weiterhin gemeinsam mit Trägern und kommunalen Spitzenverbänden nach Lösungen.

Angesichts der Dramatik der Situation müssen wir allerdings größer denken. Die Diskussion um die Sinnhaftigkeit der Schuldenbremse in ihrer derzeitigen Form muss in Anbetracht der Lage wieder in den Fokus gerückt werden. Wenn wir landes- und bundesweit dazu gezwungen werden, im Bildungsbereich einzusparen, dann wird das dramatische Folgen für unsere Zukunft haben.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Ich komme zum Ende. Ich möchte die Weiterführung eines wichtigen Projektes an mittlerweile 340 teilnehmenden Schulen besonders hervorheben. Der Ansatz „students@school“ hat bislang bereits 36.000 Schüler*innen erreicht – 36.000 Schüler*innen, die ohne „students@school“ von den Nachwirkungen der Coronapandemie noch intensiver betroffen wären und die auch bedingt durch die Effekte mangelnder Chancengerechtigkeit dringend Unterstützung benötigen.

Dass das Programm nicht nur von Schüler*innen und Schulen, sondern auch von den Studierenden, die als zusätzliche Bezugspersonen für die Kinder da sind, so gut angenommen wird, ist ein eindeutiges Signal. Ein Programm, das solche Erfolge verzeichnet und von allen Beteiligten gelobt wird, darf nicht auslaufen. Deshalb ist die erreichte Weiterfinanzierung von „students@school“ nicht nur notwendig, sondern auch ein echter Erfolg.

NRW leistet mit der Überbrückungsfinanzierung einen wirksamen Beitrag zum weiteren Aufbau chancengerechter Bildung für Schüler*innen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

„students@school“ und auch andere Mentoringprogramme an Schulen wirken nachweislich. Deshalb sollte uns allen die Unterstützung eines solchen Ansatzes ein besonderes Anliegen sein. Das heißt also: weiterhin zusammen lernen, zusammen stark.

Trotz schwieriger Haushaltslage liegen die Prioritäten für uns ganz klar im Bereich von Kindern und Jugend, von Bildung, von der Zukunft unserer Kinder in unserem Land. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Fraktion der AfD hat nun Herr Clemens das Wort. Bitte sehr.

Carlo Clemens (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Überlastung der Schulen führt zu einem erschreckenden Verfall

der Bildung. Doch wenn Politiker sämtlicher Couleur, die in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten die Geschicke dieses Landes zu verantworten hatten, immer mehr Geld in eine fehlerhafte Politik stecken, um gegen immer schlimmer werdende Verhältnisse anzukämpfen, wäre das Jahresende ein guter Anlass, um innezuhalten und sich zu fragen, ob nicht die gut gemeinte, aber in der Praxis längst gescheiterte Politik der Vergangenheit möglicherweise die Ursache immer schlimmer werdender Verhältnisse sein könnte.

Das grundsätzliche Infragestellen schul- und bildungspolitischer Irrwege der Vergangenheit befreit davon, in einen immer absurder werdenden Überbietungswettbewerb zu treten, was zu Summen von Milliarden und Abermilliarden führt – Schulden, die wir unseren Kindern und Enkelkindern als Hypothek auf die Zukunft hinterlassen.

Die Landesregierung brüstet sich damit, dass der Bildungsetat auch in diesem Jahr der größte im Landeshaushalt ist. Nominell gesehen ist das richtig. Die Ausgaben steigen. Der Anteil der Bildungsausgaben am gesamten Haushalt sank jedoch. Lag der Bildungsetat 2019 etwa noch bei 24 %, sinkt dieser für nächstes Jahr auf 21,8 %.

Dies muss im Übrigen nicht zwangsläufig in eine Bildungskatastrophe münden. Schauen wir uns die Länder an, die im Bildungsvergleich deutlich besser als NRW abschneiden. In Bayern beträgt der Anteil des Bildungsetats am Gesamthaushalt aktuell 20,78 %, in Hamburg, das sich in den letzten Jahren positiv entwickelt hat, nur 16 %. Trotzdem liegen diese Länder, die mit den gleichen Herausforderungen zu kämpfen haben wie wir, deutlich vor NRW.

Es geht also nicht nur darum, sich darin zu überbieten, mehr Stellen und mehr Geld zu fordern; es geht entscheidend darum, das Geld zielführend für die richtigen Dinge einzusetzen.

Den größten Zuwachs gibt es, wie erwartet, bei den Personalausgaben mitsamt den Leistungen für Versorgung und Beihilfe.

Die Regierung beschloss die schrittweise Angleichung der Einstiegsbesoldung im Primarbereich und in der Sekundarstufe I.

Angesichts der zunehmenden Bedeutung des Primarbereichs und des gewaltigen Lehrermangels an den Grundschulen ist das ein Schritt der Anerkennung, doch auch ein Schritt, der milliardenschwere andauernde Nachbesserungen im Besoldungsgefüge für angestellte Lehrer, Fachleitungen und Leitungsfunktionen zur Folge haben muss. Die Leitungsbesoldung muss einen angemessenen Abstand wahren.

Das erfordert nicht nur eine Neuordnung der Schulfinanzierung zwischen Bund, Ländern und Kommunen, sondern ebenso eine neue Ausgabedisziplin

zugunsten der Bereiche, auf die es im Wesentlichen ankommt.

Die grundsätzliche Erkenntnis, dass das selbst ernannte Bildungsland NRW von der Politik an die Wand gefahren wurde, ist offensichtlich: katastrophale Ergebnisse in sämtlichen Bildungsvergleichen, brutaler Sanierungsstau an Schulen, hohe Unzufriedenheit bei Lehrern, hoher Unterrichtsausfall, immer mehr Schulabbrecher, steigende Schülerzahlen, die die bestehende Infrastruktur in jeder Hinsicht überfordern, eine Verdreifachung von Körperverletzungsdelikten an Schulen allein im letzten Jahr, Personalmangel an allen Ecken und Enden.

98 % der befragten Schulleiter vermissen in einer aktuellen forsa-Umfrage die Unterstützung durch die Schulministerin – 98 %. Frau Schulministerin, das sind nahezu alle Befragten.

(Beifall von der AfD)

Es gibt für die Landesregierung und auch für früher einmal in Verantwortung gewesene Parteien also keinen Grund zur Selbstgerechtigkeit. Es gibt keinen Grund für ein Weiter-so. Die objektiven Ergebnisse sind schlecht, Frau Ministerin. Es sind die Lehrerinnen und Lehrer vor Ort, die zusammen mit den weiteren pädagogischen Fachkräften die personal-, zeit- und raumintensiven Reformträume selbstgerechter Bildungspolitiker umzusetzen haben und quasi nebenbei noch top ausgebildete Schüler hervorzubringen haben.

Vor wenigen Wochen haben die Mitglieder des Schulausschusses eine anonyme Zuschrift erhalten. Eine Lehrerin für Sonderpädagogik aus dem Ruhrgebiet hat viele Jahre an Förderschulen gearbeitet; nun arbeitet sie in der Inklusion. Es ist ein herzerreißender Bericht aus der Praxis. Sie beklagt eine Inklusionspolitik, die – Zitat – nur auf dem Papier steht und nicht wirklich funktioniert. Weiter heißt es: Viele Sonderpädagogen in der Inklusion geben auf, sind völlig überlastet, weil zu viele Kinder zu betreuen sind und man ihnen nicht gerecht werden kann.

Es spricht Bände, dass der Hilferuf dieser Lehrerin anonym verschickt wird. Sie wird wissen, warum.

Grundsätzliche Kritik wird bei den Meinungsführern nicht gerne gehört. Streiten sollen wir nur darüber, wie viele zusätzliche Milliarden wir noch verschieben können, welche zusätzlichen Fonds, Sondervermögen und Rettungspakete wir noch schnüren können, um die Schuldenbremse zu umgehen und das Notsystem am Laufen zu halten.

Dass Praktiker an den Schulen, darunter die Inklusionshelfer, bei den ursprünglichen Kürzungsplänen der Landesregierung bei der Inklusionspauschale in Panik gerieten, ist angesichts der Notlage absolut verständlich. Unabhängig davon, wie man zu Inklusion steht – so kann man mit dem Personal in den Schulen nicht umgehen. Man kann nicht politisch

einen Rechtsanspruch schaffen, was bauliche Maßnahmen und ein Mehr an qualifiziertem Personal dringend erforderlich macht und hohe laufende Kosten erzeugt, und dann die Betroffenen in Sachen „Landesmittel“ zittern lassen.

Schwarz-Grün, Sie müssen sich gerade machen! So geht das nicht.

(Beifall von der AfD)

Statt immer nur die Not zu lindern, muss Ihre unzweckmäßige Prioritätensetzung auf den Prüfstand.

Während die Landesregierung im Kampf gegen den Lehrermangel teilweise mit veralteten Zahlen arbeitet, rechnet die Kultusministerkonferenz bereits bundesweit mit 1 Million Schülern mehr bis zum Jahr 2035.

Natürlich sind wir zurzeit nicht in der Lage, die rund 7.000 unbesetzten Lehrerstellen sofort zu besetzen – so sehr man sich das auch wünscht. Für uns als AfD ist aber völlig klar: Das Geld, das für den Personalbereich im Bildungsetat eingeplant wird, muss natürlich im Bildungsetat verbleiben. Keine Rechenricks! Dafür sind die Baustellen im Bildungssystem viel zu groß.

(Beifall von der AfD)

Apropos Baustellen: Die Bildungsmisere ist auch eine bauliche. Viele Städte und Gemeinden sind finanziell und politisch massiv überfordert durch Vorgaben von Bund und Land, sind personell unterbesetzt und haben oft gar keine Kenntnis über die tatsächlichen schulischen Erfordernisse. Schulen müssen auf Container und weitere Ersatzstandorte zurückgreifen, um die rasant steigenden Schülerzahlen irgendwie unterzubringen. Allein in Bochum waren zu Schuljahresbeginn mehr als 170 Schulcontainer nötig.

Ganz zu schweigen vom Rechtsanspruch auf Offenen Ganzttag im Primarbereich ab 2026, der unmittelbar vor der Tür steht! So warnt der Städte- und Gemeindebund NRW, dass bei Räumlichkeiten, Finanzierung und Personal riesige Lücken klaffen zwischen den politischen Zielvorgaben auf der einen Seite und dem, was tatsächlich umsetzbar ist, auf der anderen Seite. Das Institut der deutschen Wirtschaft sieht eine Lücke von 152.000 Ganztagsplätzen in der Grundschule allein in NRW. Die zusätzlich benötigten 17.000 pädagogischen Fachkräfte kann auch der größte Optimist nicht herbeizaubern.

Erst kürzlich zeigte mir eine engagierte Grundschulleiterin aus meinem Wahlkreis auf, wie sehr es an Kapazitäten an allen Ecken und Enden fehlt, um überhaupt einen Ganzttag garantieren zu können, der nicht nur auf Verwahrung hinausläuft.

Sie glaubt nicht daran, dass der Rechtsanspruch schon in drei Jahren qualitativ umgesetzt werden kann. An ihrer Schule scheitert es schon platztechnisch am Schulstandort.

Besagte Schulleiterin ist nicht allein. Nach Angaben des VBE glauben fast 50 % aller Grundschulleitungen in NRW, dass der Rechtsanspruch von ihrer Kommune nicht rechtzeitig umgesetzt werden kann.

Die Kommunen dürfen gerade nach den Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst nicht im Stich gelassen werden. Die AfD fordert deshalb, zur Überbrückung, bis es eine endgültige Finanzierungslösung mit Bund und Ländern gibt, deutlich mehr zusätzliche Mittel des Landes für Investitionen an die Kommunen zu geben, um den Ausbau der Ganztagsbetreuung auch im kommenden Jahr qualitativ hochwertig und zügig zu gewährleisten.

(Beifall von der AfD)

Im Interesse von Schülern und Eltern steht eine gute Schulbildung. Das ist die Basis. In den vergangenen Jahren fand vor allem im Fach Deutsch ein erschreckender Niveauabfall statt. NRW liegt seit vielen Jahren in allen Bereichen unter dem Bundesdurchschnitt. Es ist sicher keine Übertreibung, wenn ich sage: Die Zukunft unserer Jugend steht auf dem Spiel.

Unbestreitbar ist, dass die Politik der ungebremsten Massenzuwanderung seit 2015 einen erheblichen Anteil an der Bildungsmisere hat. So spricht mittlerweile fast ein Drittel aller Schüler zu Hause kaum oder gar kein Deutsch.

Als AfD-Fraktion beantragten wir bereits im Laufe dieses Jahres verbindliche Deutschsprachfördergruppen noch vor der Einschulung für Kinder, die Defizite haben, mit oder ohne Migrationshintergrund.

Es braucht endlich auch einen klaren Zeitplan bei der Einführung von einheitlichen Screenings zur Schulanmeldung sowie bei den angekündigten Maßnahmen zur Stärkung von Basiskompetenzen. Das alles bleibt bei der Landesregierung trotz aller Not reichlich diffus. Als AfD fordern wir angesichts der manifesten Bildungsnot deutlich mehr Bemühungen bei den angekündigten Maßnahmen zur Stärkung der Basiskompetenzen; denn wir haben keine Zeit zu verlieren.

(Beifall von der AfD)

Auf diese Dinge kommt es an. Statt weiter mit unerfüllbaren Wunschträumen zu arbeiten und den Druck auf die Praktiker im Schulalltag, die den Mangel tapfer, aber zunehmend erschöpft verwalten, immer weiter zu erhöhen, müssen wir an entscheidenden Stellen Druck aus dem Kessel nehmen. Systembedingte Dauerstressfaktoren im Rahmen der Umsetzung von Ganzttag, Einheitsschule, Inklusion und Integration müssen auf den Prüfstand.

Statt an immer weniger Personal immer höhere Anforderungen zu stellen, muss an entscheidenden Hebeln umgekehrt werden. Bei gescheiterten ideologischen Projekten eingespartes Geld muss genutzt

werden, um mit voller Kraft in Schulgebäude zu investieren, die absehbar steigenden Personalkosten abzudecken und endlich eine umfassende Ausbildungsoffensive für Lehrer, Erzieher und weiteres Fachpersonal anzugehen.

Das, meine Damen und Herren, ist die Position der AfD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der AfD)

Es gibt keinen Grund für ein Weiter-so. Die Bilanz der Bildungspolitik der letzten Jahre ist schlecht. Wir müssen an der Stelle umkehren, an der ein System aus sich heraus permanent überlastet und überfordert wird, zum Leidwesen aller Beteiligten. Da wir keine Weichenstellung für eine Umkehr erkennen können, kann die AfD diesem Einzelplan 05 nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Landesregierung hat nun Ministerin Feller das Wort. Bitte sehr.

Dorothee Feller*, Ministerin für Schule und Bildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich Ihnen die wesentlichen Eckpunkte des Schuletats 2024 vorstelle, möchte ich ein paar Worte zum bisherigen Verlauf der heutigen Debatte sagen.

Sehr geehrte Damen und Herren der Opposition, Sie geben sich in dieser Haushaltsdebatte als Anwälte und Anwältinnen der Schulen in unserem Land und als Ankläger der Landesregierung. Sie fordern mehr Geld, mehr Stellen, mehr Lehrkräfte, mehr Entlastung für Lehrkräfte usw.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Ich zitiere an dieser Stelle mit Erlaubnis des Präsidenten meinen Kollegen Herrn Minister Laumann aus einer der letzten Plenarsitzungen:

„mehr, mehr, mehr, mehr! [...] Diese Rechnung geht einfach nicht auf.“

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Das sieht man in Berlin! Das ändert daran nichts! Das ist der direkte Weg in die Opposition!)

All das fordern Sie, obwohl Sie genau wissen, dass bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs 2024 die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf der einen Seite und der Fachkräftemangel auf der anderen Seite dies alles nicht hergeben und es derzeit schlichtweg nicht machbar ist.

Die Aufgaben im Bereich „Schule“ sind umfangreich und herausfordernd. Mit dem vorliegenden Haus-

haltsentwurf 2024 belegt die Landesregierung erneut, dass die Bildung unserer Kinder in Nordrhein-Westfalen oberste Priorität hat.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Daher nutze ich die Gelegenheit gerne, um mich bei meinen Ministerkolleginnen und -kollegen ganz herzlich zu bedanken. Denn während alle Ressorts für den Haushalt 2024 aktive Sparbeiträge erbringen mussten, war das Ministerium für Schule und Bildung ausdrücklich hiervon ausgenommen. Nur mit der Unterstützung aller anderen Ressorts ist es uns gelungen, dass wir trotz der angespannten Haushaltssituation die Herausforderungen im Bildungssystem Schritt für Schritt angehen können, um für unsere Kinder eine gute Bildung zu gewährleisten.

Unter Berücksichtigung der eingebrachten Ergänzungsvorlage zum Haushaltsentwurf 2024 steigen die Ausgaben in Einzelplan 05 auf 22,281 Milliarden Euro; das sind rund 421 Millionen Euro mehr als im Haushalt 2023. Wir schaffen damit 828 zusätzliche Planstellen. Wir stärken die Inklusion in der Sekundarstufe I. Wir bauen die Talentschulen aus. Wir stärken die Basiskompetenzen der Kinder. Wir stellen weitere Vorgriffstellen für die Gymnasien zur Verfügung. Mit der Ergänzungsvorlage wird Vorsorge getroffen, um den Kommunen im Haushaltsjahr 2024 für die Inklusionspauschale 67 Millionen Euro auszahlen zu können.

Ja, wir lassen nichts unversucht, um beim Lehrermangel weiter gegenzusteuern. Die wichtigste Voraussetzung für eine gute Bildung an unseren Schulen ist und bleibt die Versorgung mit genügend Lehrkräften. Deshalb hat es für uns höchste Priorität, die Personalsituation an den Schulen im Sinne unserer Kinder spürbar zu verbessern.

Sie haben in den bisherigen Beratungen zu unserem Schulhaushalt Kritik geübt. Sie haben die geringe Steigerungsrate des Einzelplans kritisiert, ja nahezu skandalisiert, dass dieser Einzelplan lediglich um rund 1,93 % wächst. Dabei lassen Sie jedoch außer Acht, dass der Prozentsatz für sich alleine stehend keine Aussagekraft hat. Denn selbstverständlich macht es einen erheblichen Unterschied, ob ein Haushalt mit einem Volumen von 2 Millionen Euro um knapp 2 % steigt oder ob es sich um einen Haushalt – wie bei uns im Einzelplan 05 – mit einem Volumen von über 20 Milliarden Euro handelt. Der Einzelplan 05 steigt nämlich in absoluten Zahlen um über 421 Millionen Euro und weist damit die zweithöchste Steigung im Landeshaushalt auf.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Sie können doch diese Gesamtzusammenhänge im Haushalt nicht einfach ignorieren, nur um die Geschichte zu konstruieren, wir würden Bildung keine Priorität einräumen.

Sehr geehrte Damen und Herren von der SPD-Fraktion, einerseits haben Sie in der Beratung im Ausschuss für Schule und Bildung zunächst die hohe Zahl der unbesetzten Lehrerstellen kritisiert, gleichzeitig zusätzlich 3.500 Lehrerstellen gefordert und darüber hinaus noch eine zusätzliche Entlastung für Lehrerinnen und Lehrer angemahnt. Andererseits setzt Ihr Fraktionsvorsitzender stattdessen mit seinem Interview im Kölner Stadt-Anzeiger lieber das Thema „Mehrarbeit für Lehrkräfte“ auf die Agenda. Es wird ein Sondervermögen von 10 Milliarden Euro für Nordrhein-Westfalen gefordert, das durch die Erhöhung der Erbschaftsteuer, also einer Bundessteuer, hier im Land Nordrhein-Westfalen gegenfinanziert werden soll.

Das, meine Damen und Herren, sind wohl die Vorzüge in der Rolle der Opposition: Ihre Vorschläge müssen nicht stimmig sein.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD:
Oh!)

In der Regierungsverantwortung muss man jedoch abwägen, der Realität ins Auge blicken und sich auf das Machbare konzentrieren.

Das haben wir mit dem Haushaltsentwurf 2024 getan und Verbesserungen in den Bereichen vorgesehen, die Priorität haben.

Zur Stärkung der Basiskompetenzen haben wir erstmalig 8,2 Millionen Euro eingeplant, um unsere Kinder frühzeitig gezielt fördern zu können.

Zentraler Schwerpunkt des Haushaltsentwurfs 2024 ist zudem der Ausbau des Offenen Ganztags. Derzeit erarbeitet die Landesregierung die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Umsetzung des Rechtsanspruchs. Diesen Prozess gestalten wir partizipativ. Dazu haben wir in den letzten Monaten einen zielgerichteten Dialog- und Beteiligungsprozess umgesetzt. Im Haushaltsentwurf 2024 stehen rund 149 Millionen Euro Investitionsmittel und eine Verpflichtungsermächtigung von über 608 Millionen Euro für den Ausbau der Infrastruktur im Ganztags zur Verfügung. Die Förderrichtlinie ist in Kraft gesetzt. Darüber hinaus schreiten wir beim Ausbau der Platzzahl weiter voran; es werden zusätzlich 38.000 Plätze geschaffen.

Zitat: „Wir können die massiven Probleme nicht bis nächste Woche lösen.“ So lauteten die Worte des SPD-Fraktionsvorsitzenden in einem Interview in der vergangenen Woche. Ich freue mich, dass Sie sich damit dem anschließen, was wir in den vergangenen Monaten immer wieder gesagt haben und auch weiterhin sagen werden: Wenn wir den vielfältigen Herausforderungen in unserem Bildungssystem wirksam und vor allem nachhaltig begegnen wollen, dann brauchen wir Zeit.

Ja, es bleibt ein Marathon. Aber wir sind schon lange losgelaufen. Wir werden die Herausforderungen anpacken. Allerdings geht das nur Schritt für Schritt.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Denn wir haben es im Bildungssystem mit Menschen zu tun, die es verdient haben, dass wir sie mitnehmen und nicht mit wenig durchdachten Schnellschüssen überfordern.

Daher werden wir trotz des enormen Konsolidierungszwangs weiterhin mit höchster Priorität in die Bildung und damit in die Zukunft unserer Kinder und unseres Landes investieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit sind wir am Schluss der Aussprache angelangt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 05, Ministerium für Schule und Bildung.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 18/6805, den Einzelplan 05 unverändert anzunehmen.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über die folgenden Änderungsanträge:

Drucksache 18/6924, Antragsteller CDU und Grüne. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen von Grünen, CDU, AfD und SPD. Wer lehnt diesen Änderungsantrag ab? – Niemand. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der FDP. Dann ist der **Änderungsantrag** mit diesem Ergebnis **angenommen**.

Drucksache 18/6925, Antragsteller CDU und Grüne. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Grünen, CDU und AfD. Wer lehnt diesen Änderungsantrag ab? – Niemand. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der FDP. Somit ist dieser **Änderungsantrag angenommen**.

Drucksache 18/6926, Antragsteller CDU und Grüne. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Die Fraktionen von SPD, Grünen, CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der AfD. Damit ist auch dieser **Änderungsantrag angenommen**.

Drucksache 18/7050, Antragsteller FDP. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktion der FDP und die Fraktion der AfD. Wer lehnt diesen Änderungsantrag ab? – Das sind die Fraktion der CDU und die Fraktion der Grünen. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der SPD. Damit ist dieser **Änderungsantrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7051, Antragsteller FDP. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Die Fraktionen von FDP und AfD. Wer lehnt diesen

Änderungsantrag ab? – Das sind die Fraktionen von CDU und Grünen. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der SPD. Damit ist auch dieser **Änderungsantrag abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Einzelplan 05 in der soeben geänderten Fassung und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt dem Einzelplan 05 zu? – Das sind die Fraktionen von CDU und Grünen. Wer lehnt diesen Einzelplan ab? – Das sind die Fraktionen von SPD, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 05 angenommen**.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wir holen jetzt die Abstimmung über den Einzelplan 02 nach.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt Ihnen in Drucksache 18/6802, den Einzelplan 02 unverändert anzunehmen.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über die folgenden Änderungsanträge:

Drucksache 18/6918, Antragsteller CDU und Grüne. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Grünen, CDU, FDP und AfD. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Damit ist dieser **Änderungsantrag angenommen**.

Drucksache 18/6919, Antragsteller CDU und Grüne. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen von Grünen und CDU. Wer lehnt diesen Änderungsantrag ab? – Das sind die Fraktionen von FDP, AfD und SPD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser **Änderungsantrag angenommen**.

Drucksache 18/7027, Antragsteller CDU, SPD, Grüne und FDP. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Grünen, CDU, FDP und AfD. Lehnt jemand diesen Änderungsantrag ab? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Damit ist dieser **Änderungsantrag angenommen**.

Drucksache 18/7028, Antragsteller FDP. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Die FDP. Wer lehnt diesen Änderungsantrag ab? – Die Fraktionen von AfD, CDU und Grünen. Wer enthält sich? – Die Fraktion der SPD. Damit ist dieser **Änderungsantrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7029, Antragsteller FDP. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen von FDP und SPD. Wer lehnt diesen Änderungsantrag ab? – Das sind die Fraktionen von AfD, CDU und Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser **Änderungsantrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7030, Antragsteller FDP. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen von FDP und SPD. Wer lehnt diesen Änderungsantrag ab? – Das sind die Fraktionen von Grünen, CDU und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser **Änderungsantrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7031, Antragsteller FDP. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen von FDP und AfD. Wer lehnt diesen Änderungsantrag ab? – Das sind die Fraktionen von CDU, Grünen und SPD. Damit ist dieser **Änderungsantrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7032, Antragsteller FDP. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Die Fraktionen von FDP und AfD. Wer lehnt ab? – Die Fraktionen von CDU, Grünen und SPD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser **Änderungsantrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7033, Antragsteller FDP. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Die Fraktion der FDP, die Fraktion der SPD. Wer lehnt diesen Antrag ab? – Die Fraktionen von AfD, CDU und Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser **Änderungsantrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7034, Antragsteller FDP. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Die Fraktionen von SPD, FDP und AfD. Wer lehnt diesen Änderungsantrag ab? – Das sind die Fraktionen von Grünen und CDU. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser **Änderungsantrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7035, Antragsteller FDP. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von FDP, SPD und AfD. Wer lehnt diesen Antrag ab? – Das sind die Fraktionen von CDU und Grünen. Damit ist dieser **Änderungsantrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7036, Antragsteller FDP. Wer stimmt diesem Antrag zu? – SPD, FDP, AfD. Wer lehnt diesen Änderungsantrag ab? – CDU und Grüne. Damit ist der **Änderungsantrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7037, Antragsteller FDP. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – SPD, FDP, AfD. Wer lehnt ab? – CDU und Grüne. Damit ist dieser **Änderungsantrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7038, Antragsteller FDP. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – SPD, FDP, AfD. Wer lehnt diesen Änderungsantrag ab? – CDU und Grüne. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser **Änderungsantrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7039, Antragsteller FDP. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – SPD, FDP und AfD. Wer lehnt diesen Änderungsantrag ab? – Das sind CDU und Grüne. Gibt es Enthaltungen? –